

***Es gilt das gesprochene Wort –  
Sendesperrfrist: Redebeginn!***

---

## ***Deutschlands Zukunft in Europa***

***Rede von***

***Arbeitgeberpräsident  
Dr. Dieter Hundt***

---

**BDA** | Bundesvereinigung der  
Deutschen Arbeitgeberverbände  
Mitglied von BUSINESSEUROPE

**Hausadresse:**  
Haus der Deutschen Wirtschaft  
Breite Straße 29, 10178 Berlin

**Briefadresse:**  
11054 Berlin

[bda@arbeitgeber.de](mailto:bda@arbeitgeber.de)  
[www.arbeitgeber.de](http://www.arbeitgeber.de)

**T** +49 30 2033-1800  
**F** +49 30 2033-1805

Ihnen allen ein sehr herzliches Willkommen zum Deutschen Arbeitgebertag 2011!

Als wir hier vor einem Jahr zusammenkamen, war Deutschland gerade dabei, sich erfolgreich aus der tiefsten wirtschaftlichen Krise seit Gründung der Bundesrepublik herauszuarbeiten.

Heute können wir feststellen: Diese Krise haben wir überwunden. Unser Ziel, nach der Krise besser dazustehen als vorher, ist erreicht.

Heute gibt es andere, neue Risiken: Anzeichen für eine Abschwächung der Weltkonjunktur und Sorgen, wie die europäische Staatsschuldenkrise gelöst werden kann.

Aber, unsere Wirtschaft ist robust, unsere Unternehmen sind gut aufgestellt, wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Und deshalb bin ich zuversichtlich. Risiken – das wissen wir als Unternehmer – gibt es immer. Aber die wirtschaftliche Situation in unserem Lande ist insgesamt nach wie vor gut. Die Auftragslage schwächt sich zwar etwas ab, und das Wachstum ist im zweiten Halbjahr deutlich geringer. Dennoch: Wir sollten nicht immer gleich auf hohem Niveau klagen und bei jeder Wolke am Konjunkturhimmel in Pessimismus verfallen. Man kann eine Rezession auch herbeireden – aber genau daran sollte sich wirklich niemand in unserem Lande beteiligen!

Nach wie vor boomt der Arbeitsmarkt. Wir verzeichnen Rekordbeschäftigung. Die Stammbeschaftigten wachsen, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nimmt zu. Unser Hauptproblem am Arbeitsmarkt heißt Fachkräftemangel. Selbst wenn sich das Wachstum im nächsten Jahr abschwächt, erwarte ich eine anhaltend positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Natürlich müssen wir auf der Hut sein und Risikoanfälligkeiten vermindern. Das gilt für die Unternehmen der Realwirtschaft, es gilt aber vor allem für die Finanzwirtschaft.

Wir haben in den letzten Jahren – und nicht nur bei der Krisenbewältigung – gezeigt, dass wir selbst als Tarifpartner unseren Beitrag leisten können: für eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit, für mehr Flexibilität, für mehr Beschäftigung in unserem Land.

Klar, wir haben neue Herausforderungen und eben neue Risiken zu bewältigen. Aber ich wende mich gegen die dauernde Schwarzmalerei und die bewusst erzeugten Zerrbilder in unserem Lande.

Natürlich macht uns die Staatsschuldenkrise große Sorgen. Die EU erlebt die schwerste Belastungsprobe seit ihrer Gründung.

Es gibt nicht die eine schnelle Lösung der Staatsschuldenkrise. Obwohl Diagnose und Therapie nicht viel Phantasie erfordern:

Die Schuldenkrise ist nicht quasi schicksalhaft über uns gekommen. Sie ist als Ergebnis jahrelanger hemmungsloser Schuldenmacherei und fortgesetzter Disziplinlosig-

keit in der Haushaltspolitik vieler EU-Mitgliedsstaaten hausgemacht.

Das zu korrigieren ist schwierig und anstrengend. Alle betroffenen Staaten müssen die irrsinnig hohen Staatsschulden abbauen. Und davon sind wir nach wie vor weit entfernt, auch in Deutschland und Frankreich!

Wir werden heute Vormittag intensiv mit hochrangigen Experten und Rednern die Problematik erörtern. Im Kern geht es um die scheinbar einfache Frage, wie man in parlamentarischen Demokratien die Regierenden dazu bringen kann, nicht mehr auszugeben, als sie einnehmen.

Ich bin für nahezu jede Art von Hilfs- und Rettungsmaßnahmen zu haben, wenn garantiert ist, dass alle Mittel und Wege genutzt werden, um die Staatsschulden in den betroffenen Staaten konsequent abzubauen. Dann – und letztlich nur dann – wird auch das Vertrauen der Finanzmärkte zurückgewonnen.

Es ist Mode geworden, auf die Finanzmärkte, die Banken und die Banker zu schimpfen. Und da gab und gibt es auch viel zu kritisieren. Es geht aber im Kern nicht in erster Linie um ein Versagen der Märkte oder speziell der Banken, sondern die Schuldenkrise ist die Folge krassen Staatsversagens!

Die Staaten haben sich lange Zeit – nochmals: Deutschland eingeschlossen – über alle Maßen verschuldet. Nicht nur Griechenland oder Italien, sondern auch Deutschland und Frankreich sind es, die seit Jahren gegen die Stabilitätskriterien des Maastrichter Vertrages verstoßen.

Der Euro hat sich als stabile Währung bewährt. Wer gegen den Euro Stimmung macht, verkennt die großen und zahlreichen Vorteile für Europa und speziell für unser Land. Aber wahr ist, dass die europäische Währungsunion unter Konstruktionsfehlern leidet. Wer eine gemeinsame Währung hat, muss auch die Finanz- und Haushaltspolitik mindestens im Hinblick auf die Verschuldung gemeinsam bestimmen. Ich sage „bestimmen“ und nicht koordinieren!

Ich weiß, dass das ein heißes Eisen ist. Aber wann wollen wir das anfassen, wenn nicht jetzt in der Krise? Wir brauchen jetzt eine Offensive zur Vertiefung der Europäischen Union, insbesondere der Euro-Zone. Und deshalb plädiere ich für ein Maastricht II, für einen neuen Vertrag mit einem strengen Finanzregime und Schuldenbremsen mit automatischen Sanktionen.

Der derzeitige Zustand der Währungsunion scheint mir nicht zukunftsfähig. Wir brauchen einen klaren Entscheidungsmechanismus für verbindliche Regeln für alle Euro-Länder, mit denen die Haushaltspolitiken angeglichen werden. Wir brauchen mehr makroökonomische Konvergenz. Dazu müssen die europäischen Verträge

und möglicherweise auch nationale Verfassungen ergänzt werden.

Erste Schritte in diese Richtung sind gemacht. Aber ausreichend ist das nicht. Wer an der europäischen Währung teilhat, muss bereit sein, nationale Souveränitäten abzugeben und ein höheres Maß an Vergemeinschaftung der maßgeblichen Währungs-Bedingungen zuzulassen.

Es reicht nicht ein Mehr an intergouvernementaler Zusammenarbeit. Der Begriff einer europäischen Wirtschaftsregierung ist deshalb meines Erachtens missverständlich. Da gefällt mir die Initiative des Kommissionspräsidenten Barroso schon besser, den Vizepräsidenten der Kommission, Herrn Dr. Olli Rehn, zugleich zum Euro-Kommissar zu machen.

Sehr geehrter Herr Vizepräsident Rehn,

ich begrüße Sie herzlich. Sie werden gleich zu uns sprechen und Ihre Vorschläge zur Fortentwicklung der Währungsunion und der Europäischen Union erläutern. Wir sind darauf sehr gespannt.

Bevor wir heute Nachmittag die Bundeskanzlerin und Vertreter von Regierung und Opposition hören, beschäftigen wir uns heute Vormittag mit dem Thema Europa in einer kompetenten Diskussionsrunde und dem anschließenden Referat des Bundesbankpräsidenten.

Ich bin sicher, dies wird ein interessanter Arbeitgebertag, und ich darf jetzt zunächst Sie, Herr Vizepräsident Rehn, um das Wort bitten.

Mr Commissioner, the floor is yours.